

An die  
Ostfriesen Zeitung und die  
Ostfriesischen Nachrichten

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

**Heide Heilemann**

Ratsfrau in Großefehn



Lange Reihe 4 • 26629 Großefehn



04943-4701



0177-8482180



[heide.heilemann@dielinke-aurich.de](mailto:heide.heilemann@dielinke-aurich.de)

Datum:  
11.02.08

### **DIE LINKE in Großefehn zur Berichterstattung über die Abschaffung der so genannten Ein-Euro-Jobber in der Gemeinde Großefehn**

Zu der Berichterstattung über die Abschaffung der so genannten Ein-Euro-Jobber in der Gemeinde Großefehn am 09. Februar möchte ich folgende Anmerkungen machen:

1. Bürgermeister Meinen behauptet, dass eine vierköpfige Arbeitslosenfamilie als staatliche Transferleistung einen Stundensatz von 11,34 Euro erhalte, was bei einer Vollerwerbstätigkeit einem Äquivalent von 1.800 Euro entspricht. Einmal abgesehen davon, dass dieser so genannte Stundensatz nur bei hoher Miete zu erzielen ist, das zwischen Brutto und Netto zu unterscheiden ist, weil beim Arbeitnehmer beispielsweise Wohn- und Kindergeld abzugsfrei verbleiben oder er ansonsten aufgrund seines zu geringen Einkommens ergänzende Sozialleistungen beantragen könnte ergänzende Sozialleistungen beantragen könnte, wird diese Debatte immer von denjenigen angezettelt, die weiter Hand an den Sozialstaat legen wollen. Seht her, soll es heißen, die bekommen fürs Nichtstun genauso viel wie Du fürs arbeiten. Oder: Natürlich haben die für soviel Geld auch als Ein-Euro-Jobber anzutreten. Intellektuell redlich ist diese Debatte natürlich nicht, weil dieser Arbeitslose nach dem Auszug der Kinder mit einem Schlag fast 600 Euro weniger Regelsatzleistungen und darüber hinaus einen deutlich geringeren Mietkostenzuschuss erhält, weil die Wohnung dann ja zu groß geworden ist. Staatliche Transferleistungen sollen eben nur das Überleben sichern und sind daher kein Gehalt. DIE LINKE wendet sich gegen jeden Versuch von interessierter Seite, Menschen, die fast nichts mehr haben gegen die auszuspielen, die immer noch zu wenig haben.

2. Wird immer wieder darauf hingewiesen, dass Ein-Euro-Jobs Arbeitslose an die Gesellschaft heranführen und an Erwerbsarbeit gewöhnen würden. Diese Behauptung ist bezogen auf Großefehn blanker Unsinn, weil dort nach drei Jahren Ein-Euro-Jobs keiner von ihnen fest und unbefristet eingestellt wurde. Außerdem ist die Behauptung, dass Arbeitslose ansonsten auf ihrem Sofa kleben würden, eine infame Unterstellung und verhöhnt all die Arbeitslosen, die sich trotz aller materiellen Beschränkungen in Vereinen, Arbeitsloseninitiativen und in der LINKEN engagieren und sich auch dadurch am gesellschaftlichen Leben beteiligen.

3. Es ist unbestritten, dass in Großefehn mit den Ein-Euro-Jobs nicht alles ganz im Reinen ist. Und genau deswegen soll sich ja auch bei der Vergabe der Restplätze der Verwaltungsausschuss darum kümmern. Ist es nicht schön, wenn sich Politikerinnen und Politiker darum kümmern, wofür sie gewählt worden sind, anstatt jeder Vorlage nur im blinden Vertrauen abzunicken?

4. Befremdlich ist zudem, wie das Abstimmungsverhalten der SPD-Ratsfraktion bewertet wird. Auch wenn nicht alle meiner SPD-Ratskolleginnen und -kollegen dem Antrag aus voller Überzeugung zugestimmt haben, haben sie dies nicht aus Fragen des Machterhalts getan oder weil sie sich vor den Karren der LINKEN haben spannen lassen, sondern deswegen, weil dieses Ziel im gemeinsam vereinbarten Gruppenvertrag aufgenommen wurde. Das ist Demokratie. Und die ist auch gut so. Denn über alles können die Wählerinnen und Wähler bei der nächsten Kommunalwahl entscheiden.

**Eine andere Politik ist nötig – eine andere Politik ist möglich!**

Mehr Infos unter:

[www.dielinke-aurich.de](http://www.dielinke-aurich.de)